2100-0598

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Mag.ª Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 24. September 2026

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, Patrik Fazekas, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend transparente Medienförderung und klare Regeln für Inserate des Landes und landesnaher Unternehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

**Entschließung**

**des Burgenländischen Landtages vom …… betreffend transparente Medienförderung und klare Regeln für Inserate des Landes und landesnaher Unternehmen**

Eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft ist von großer Bedeutung für das Burgenland. Berichterstattung aus und über das Burgenland sorgt dafür, dass politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen im Land öffentlich wahrgenommen und diskutiert werden.

Das gilt sowohl für Regionalmedien als auch für überregionale Medien, die mit eigenen Ressorts, Ausgaben, Redaktionen oder regelmäßiger redaktioneller Berichterstattung einen besonderen Schwerpunkt auf das Burgenland legen. Gerade diese journalistische Arbeit trägt dazu bei, dass Themen aus den Regionen sichtbar werden und die Burgenländerinnen und Burgenländer umfassend über Entwicklungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld informiert werden.

Gleichzeitig stehen Medien vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. Eine gezielte Unterstützung unabhängiger journalistischer Berichterstattung über das Burgenland ist daher grundsätzlich sinnvoll und im öffentlichen Interesse. Diese Unterstützung sollte jedoch transparent, nachvollziehbar und nach objektiven Kriterien erfolgen.

Inserate und entgeltliche Medienkooperationen des Landes sowie landesnaher Unternehmen können unabhängig von ihrer tatsächlichen Intention den Eindruck entstehen lassen, dass finanzielle Zuwendungen und redaktionelle Berichterstattung miteinander verbunden sein könnten. Schon dieser Eindruck sollte im Interesse sowohl der öffentlichen Hand als auch der Medien vermieden werden.

Ziel sollte daher eine klare Trennung sein: Die öffentliche Hand informiert dort, wo dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Unterstützung journalistischer Berichterstattung über das Burgenland soll hingegen über eine transparente und nachvollziehbare Medienförderung erfolgen.

Mittel, die bisher für Inserate und vergleichbare entgeltliche Medienkooperationen des Landes und landesnaher Unternehmen eingesetzt wurden, sollen künftig in eine solche Medienförderung einfließen. Die Vergabe soll nach objektiven, nachvollziehbaren und öffentlich zugänglichen Kriterien erfolgen und unabhängig von der redaktionellen Ausrichtung oder konkreten Berichterstattung eines Mediums sein.

Die Aussagen von Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner im ORF-Burgenland-Sommergespräch 2026 unterstreichen die Bedeutung einer solchen Regelung. Sie verwies darauf, dass es für die Opposition nicht leicht sei, in der burgenländischen Medienlandschaft die notwendige Aufmerksamkeit zu erhalten. Gerade deshalb braucht es klare Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass

öffentliche Mittel nicht zur Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Medien aufgrund ihrer Berichterstattung eingesetzt werden.

Ein solches Modell sollte möglichst breit getragen werden. Daher sollen alle im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien sowie Vertreterinnen und Vertreter der Medienlandschaft frühzeitig in die Ausarbeitung eingebunden werden. Gemeinsam soll ein dauerhaftes Modell entwickelt werden, das die Unabhängigkeit der Medien stärkt und zugleich Berichterstattung aus und über das Burgenland unterstützt.

Die wesentlichen Grundsätze sollen im Verfassungsrang verankert werden. Damit soll sichergestellt werden, dass diese Regeln nicht mit einfacher Mehrheit kurzfristig verändert werden können und die Medienförderung kein Spielball wechselnder politischer Mehrheiten wird.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

alle im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien sowie Vertreterinnen und Vertreter der Medienlandschaft zu Gesprächen über ein neues Modell der Medienförderung im Burgenland einzuladen und auf dieser Grundlage gemeinsam ein transparentes und nachvollziehbares Modell auszuarbeiten;

dabei insbesondere vorzusehen, dass das Land Burgenland und landesnahe Unternehmen künftig grundsätzlich auf entgeltliche Inserate und vergleichbare Medienkooperationen verzichten und die dafür bisher eingesetzten Mittel stattdessen einer transparenten Medienförderung für journalistische Berichterstattung aus und über das Burgenland zur Verfügung gestellt werden; und

auf Grundlage dieser Gespräche einen entsprechenden Entwurf für eine verfassungsrechtliche Verankerung der wesentlichen Grundsätze auszuarbeiten und dem Burgenländischen Landtag vorzulegen.

*Es wird ersucht diesen Antrag dem Rechtsausschuss zuzuweisen.*